

# Nach dem Nein atmen die Soldaten auf

Das Urteil zum Luftsicherheitsgesetz hat auch den Soldaten die notwendige Klarheit beschert, sagt Rainer Arnold, Bundestagsabgeordneter aus Nürtingen und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Das Bedrohungsszenario gelte es aber dennoch zu regeln.

KAREN EMLER

■ *Das Verfassungsgericht hat das Luftsicherheitsgesetz einkassiert. Wie werten Sie das Urteil?*

RAINER ARNOLD: Man muss die Urteilsbegründung erst einmal in Ruhe auswerten. Aber ich habe schon immer die ethische Frage der Abwägung von Menschenleben gegen Menschenleben im Zusammenhang mit dem Luftsicherheitsgesetz als Knackpunkt angesehen. Insofern ist es aus meiner Sicht gut, dass die Politik nun weiß, dass die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes unumstößlich sind.

■ *Wie bewerten Sie das aus Sicht der Bundeswehr?*

ARNOLD: Die Soldaten atmen auf. Viele Piloten hatten Kritik geübt an dem im Luftsicherheitsgesetz vorgesehenen Abschuss von Passagiermaschinen im Bedrohungsfall. Für diese Soldaten hat Karlsruhe jetzt ebenfalls Klarheit geschaffen.

■ *Das Luftsicherheitsgesetz wurde gekippt, doch die mögliche Bedrohung bleibt. Wo sehen Sie jetzt Handlungsbedarf?*

ARNOLD: Für den Fall, dass die Bundeswehr in der Luft Polizeiaufgaben übernehmen könnte, muss man prüfen, ob eine Verfassungsänderung möglich ist. Das gilt auch für derartige Einsätze auf der Hohen See, für die die Polizei ebenso wie für die Luftüberwachung nicht ausgerüstet ist. Diese Gespräche werden wir ergebnisoffen führen.

■ *Wie ergebnisoffen? Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und andere Unionspolitiker wollen den Weg für einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren ebnen.*

ARNOLD: Sollte die Union versuchen, diese Frage mit der Luftsicherheit zu verknüpfen, dann wird das nichts bringen. Wir haben eine eindeutige Position, wenn es um Bundeswehreinsatz im Inneren geht. Polizeihohheitliche Aufgaben werden die Soldaten nicht übernehmen.

■ *Die Union will im Grundgesetz einen Passus, der den Bundeswehr-*

*einsatz angesichts „terroristischer Gefahren“ regelt.*

ARNOLD: Die Position der SPD dazu ist folgende: Nur wo die Polizei gar keine Möglichkeit hat, einzugreifen – wie im Luftraum oder auf Hoher See – wollen wir, dass die Bundeswehr zum Einsatz kommen kann. Nur da befürworten wir auch eine Gesetzesänderung. Der Terminus spielt dabei keine Rolle.

■ *Was bedeutet das Urteil für den Einsatz der Soldaten bei der WM?*

ARNOLD: Es bleibt bei den 2000 zugesagten Soldaten im Wege der Amtshilfe für Sanitätsdienste und logistische Aufgaben. Der Bundesinnenminister hat ohnehin schon gemerkt, dass seine Vorstellungen vom Objektschutz durch Soldaten mit der SPD nicht zu verwirklichen sind. Deshalb hat er unlängst den Vorstoß gemacht, Soldaten zur Bundespolizei abzukommandieren.

■ *Werden auf diese Weise Soldaten doch noch zu Hilfspolizisten?*

ARNOLD: Wir lehnen das aus politischen Gründen ab. Darüber hinaus haben wir das juristisch prüfen lassen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Weg rechtlich nicht umsetzbar ist.



Rainer Arnold:  
Gut, dass die Politik jetzt Bescheid weiß.

■ *Aber zum Einsatz der Bundeswehr während der WM durch Awacs-Überwachungsflügen und ABC-Abwehr sagt die SPD ja?*

ARNOLD: Awacs-Überwachungsflüge und ABC-Spürpanzer im Rahmen der Amtshilfe einzusetzen ist völlig unstrittig. Denn die Polizei kann den Luftraum ja nicht überwachen, also muss das die Bundeswehr tun. Was die ABC-Abwehr angeht, so kann ich nur vor überzogenen Erwartungen warnen.

■ *Wie meinen Sie das?*

ARNOLD: Die ABC-Abwehreinheiten sind nur an zwei – rechnet man den Ausbildungsort mit – an drei Standorten verfügbar. Das sind jeweils vier Soldaten. Besser wäre es, die Bundespolizei personell und technisch entsprechend auszustatten, so dass man auf die Bundeswehr im Inland nicht zurückgreifen müsste. Dafür hätte Schäuble unsere volle Unterstützung.